



Nr. 972

Abt. 11 u. 12 (je 2 Exemplare)
Fakultäten 1 – 6 (je 2 Exemplare)
GB 1 (20 Exemplare)
GdP (10 Exemplare)

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Braunschweig

Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Spielmannstraße 12 a
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 02.06.2014

Änderung der Verfahrensordnung zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig

Hiermit wird die vom Senat der TU Braunschweig in seiner Sitzung am 14.05.2014 beschlossene Änderung der Verfahrensordnung zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Änderung der Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 03.06.2014 in Kraft.

Änderung der Verfahrensordnung zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig

I

Die Verfahrensordnung zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig (hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 813 vom 01.02.2012) wird auf Beschluss des Senats vom 14.05.2014 wie folgt geändert:

§ 10 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Gemäß § 39 Abs. 2 NHG schlägt die Präsidentin oder der Präsident dem Senat Personen, die an der Hochschule hauptberuflich beschäftigt sind, als nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten vor. Der Senat befasst sich in drei aufeinander folgenden Senatssitzungen mit dem Vorschlag. In der ersten Senatssitzung unterbreitet die Präsidentin oder der Präsident ihren oder seinen Vorschlag. Sofern Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten zur Wiederwahl vorgeschlagen werden, geben diese in der gleichen Senatssitzung einen Tätigkeitsbericht ab. In der zweiten Senatssitzung stellen sich die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten vor, präsentieren ihr geplantes Arbeitsprogramm und beantworten evtl. Fragen der Senatsmitglieder. Im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung ist den Senatsmitgliedern Gelegenheit zu einem offenen Meinungsaustausch und einer Aussprache über die Kandidatinnen oder die Kandidaten zu ermöglichen. In der dritten Senatssitzung entscheidet der Senat über die Vorschläge der Präsidentin oder des Präsidenten. Dabei ist auf Wunsch eines Mitglieds des Senats vor der Abstimmung die Möglichkeit einer erneuten Aussprache im nichtöffentlichen Teil oder eine Sitzungsunterbrechung zuzulassen, ehe dann im öffentlichen Teil die Entscheidung getroffen wird. Der Senat entscheidet über jeden der Vorschläge einzeln durch Beschluss mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder. Wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, ist ein zweiter Abstimmungsgang durchzuführen. Sollte die erforderliche Mehrheit wieder nicht erzielt werden, hat die Präsidentin oder der Präsident dem Senat einen anderen Vorschlag vorzulegen. Sofern bereits bekannt ist, dass Senatsmitglieder verhindert sind, an der dritten Senatssitzung teilzunehmen, werden die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter bereits zur zweiten Sitzung zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil als Beraterinnen und Berater eingeladen. Mit Zustimmung des Senats kann die Unterbreitung des Vorschlags und die Vorstellung der Kandidatin oder des Kandidaten in einer Senatssitzung erfolgen. Dem Hochschulrat ist frühzeitig, möglichst schon vor der zweiten Senatssitzung, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

II

Diese Änderung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.